Christiane Streubel

›Deutsche Frau, dehne Deinen Einfluß aus!‹ Die Nationalisierung und Politisierung von Frauen der politischen Rechten (1890–1938)

Bericht über ein internationales Kolloquium des Arbeitskreises Historische Frauenforschung an der Universität Bremen vom 25. und 26. Juni 1999

Durch eine differenziert geführte »Opfer-Täterinnen-Debatte« ist in den letzten Jahren der Anteil von Frauen am Erhalt asymmetrischer Machtbeziehungen zunehmend in den Blick geraten. Das Interesse an dem Beitrag von Frauen zur Vermassung nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Ideologien, zum Erhalt von Klassenhierarchien und zur Vergesellschaftung des Militarismus hat zu der Erschließung neuer Forschungsthemen geführt. Um einen Überblick über neueste Ergebnisse zu gewinnen, organisierte Eva Schöck-Quinteros an der Universität Bremen ein internationales Kolloquium, bei dem Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus den USA, Österreich und der Bundesrepublik Deutschland ihre laufenden bzw. kürzlich abgeschlossen Forschungsvorhaben zur Diskussion stellten. Im Mittelpunkt standen dabei die Aktivitäten, das Politikverständnis und die Gesellschaftsentwürfe von Frauen, die in konservativen, völkischen und nationalsozialistischen Verbänden und Parteien organi-

siert waren. Während am ersten Tag die Epoche des wilhelminischen Kaiserreiches behandelt wurde, galt der zweite Tag der Weimarer Republik. Die Betrachtung rechter Frauen als politische Subjekte ergab einen differenzierten Überblick über ihre Wahrnehmungen, Aktivitäten und Konzepte, der das Bild der unpolitischen konservativen Frau ins Wanken brachte. *Andrea Süchting-Hänger* (Freiburg) widersprach in ihrem Referat über die »Vaterländischen Frauenvereine« der These Ute Daniels, die den vaterländischen Frauen in ihrer Untersuchung über die westfälischen Vereine ein eigenständiges Handeln abgesprochen hatte.¹ Süchting-Hänger führte diese Deutung darauf zurück, daß Daniel mehrheitlich katholisch geprägte Ortsvereine in ihrer Untersuchung behandelt habe. In protestantischen Gegenden hätten die Frauen ein wesentlich größeres Maß an Eigeninitiative, Autonomie und Selbstbewußtsein gezeigt. Zu Beginn boten die »Vaterländischen Frauenvereine« ihren Mitgliedern eine Nationalisierung ohne Politisierung, ein monarchisches, konservatives Bezugssystem, das eine Gegenwelt zu den Forderungen der liberalen Frauenbewegung darstellte. Statt politischer Rechte wurde die Teilhabe an der prestigeträchtigen Welt des Militärs in Aussicht gestellt. Nach und nach bauten die Frauen dieses Konzept aus und erweiterten ihre Handlungsspielräume. Bereits im Zuge der Hundertjahrfeiern der Befreiungskriege erfuhren die tradierten Frauenbilder eine immer stärkere Heroisierung und Nationalisierung.

Claire Venghiattis (New York) betonte die Eigenständigkeit rechter Frauen noch stärker für den »Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft«. Im Sinne Roger Chickering² zeichnete Venghiattis Konflikte mit der männlichen Parallelorganisation nach, die daraus resultierten, daß der Frauenbund selbstbewußt auf seinen eigenen kolonialen Projekten und einer von den Männern unabhängigen Organisationsführung bestand. Abschließend

formulierte sie die provokante These, daß es sich bei den Mitgliedern des Frauenbundes der Deutschen Kolonialgesellschaft um Differenz-Feministinnen gehandelt habe, da sie für die Unabhängigkeit ihrer Organisation und die volle Kontrolle über ihre separate Sphäre in den Kolonien eingetreten seien. Das Geschlechtermodell des Frauenbundes offerierte für Frauen verschiedene aber gleich wichtige Rollen in der deutschen Kolonialbewegung und in den Kolonien: Während Männer die Kolonien eroberten, machten Frauen das Gebiet deutsch durch ihre Arbeit in der häuslichen und kulturellen Sphäre. Nationalismus, Rassismus und Feminismus koexistierten unproblematisch innerhalb des Frauenbundes, so Venhiattis' Folgerung.

Ute Planert (Tübingen) zeigte, daß auch die Antifeministinnen im »Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation« nicht grundsätzlich einer Unterordnung von Frauen das Wort redeten. Das Engagement von Frauen im Antibund, die ein Viertel der Mitgliedschaft ausmachten, führte Planert auf einen gesellschaftlichen Strukturwandel zurück, der diesen Frauen als Statusverlust erschien. Die Stellung der Ehefrau, Hausfrau und Mutter erfuhr in ihrer Wahrnehmung einen zunehmenden Bedeutungsverlust. Die Forderungen der Frauenbewegung im Bereich Bildung und Beruf schienen die häuslichen und familialen Leistungen abzuwerten. Die Antifeministinnen argumentierten nun, daß die Gleichheit der Frauen gerade durch ihre Mutterschaft entstehe. Der Wehrtüchtigkeit der Männer wurde die Gebärtüchtigkeit der Frauen gegenübergestellt. Die wirtschaftliche Bedeutung der Hausfrauentätigkeit wurde betont und die Sorgen des Reiches als Familiensorgen beschrieben. Im metaphorischen Sinn gelang den Frauen dabei der Weg in die Öffentlichkeit unter Vermeidung des Verlassens der heimischen Sphäre.

Ausgelöst durch diese Befunde entspann sich eine Debatte über die Frage, wie die Begriffe »Feminismus« und

»Frauenbewegung« zu verwenden seien. Viele plädierten für eine sorgfältige Abgrenzung. Das Verhalten der Vertreterinnen des »Frauenbundes der Deutschen Kolonialgesellschaft« verweise eher auf einen gewissen »Ressortegoismus« für die eigene Arbeit als auf ein feministisches Bewußtsein. Auch eine »Emanzipation der Tat«, die durch das Heraustreten der Antifeministinnen und der Vaterländischen Frauen in die Öffentlichkeit entstehe, sei sicherlich zu trennen von einem frauenbewegten Selbstverständnis. Im Raum stand nun die grundsätzliche Frage, ob das Ideensystem der Frauenbewegung rassistische und antisemitische Denkweisen zuläßt.

Susanne Omran (Dortmund) präsentierte in ihrem Beitrag eine erfolgversprechende Methode, um in dieser Frage zu neuen Ergebnissen zu gelangen. Bislang haben Studien zu diesem Komplex belegt, daß offen rassistische und antisemitische Aussagen in den Publikationen der bürgerlichen Frauenbewegung eher selten zu finden sind. Betrachtet man mit Shulamit Volkov³ Antisemitismus als einen kulturellen Code, der u.a. auch die Zugehörigkeit zu einem politischen Lager erkennbar macht, so haben Vertreterinnen des »Bundes deutscher Frauenvereine« (BDF) klare Aussagen in die eine oder andere Richtung auch deshalb bewußt vermieden, um die vielbeschworene politische Neutralität der Frauenbewegung zu wahren. Susanne Omran versuchte, mit der Methode der historischen Diskursanalyse nach Foucault nachzuweisen, daß die Texte der bürgerlichen Frauenbewegung die »Judenfrage« zwar nicht explizit behandelten, jedoch Themenfelder besetzten, die für diese konstitutiv waren – Klagen über den Kapitalismus, die Moderne und die Bevölkerungsentwicklung. Am Beispiel der Debatten über Prostitution und Geschlechtskrankheiten wurde deutlich, daß der antisemitische Diskurs der politischen Redeweise der Frauenbewegung entscheidende Formeln gegeben hat. So verfolgten Aboli-

tionistinnen in ihrer Kritik eine Politik, die wie der antisemitische Diskurs eine Bedrohung von Innen konstruierte und somit jüdenfeindliche Vorstellungen und Bilder perpetuierte.

In den Sektionen, die die Zeit der Weimarer Republik behandelten, wurde ein Grundtenor der Tagung deutlich: Ausgehend von einem ergänzenden Differenzmodell der Geschlechter definierten rechte Frauen ihr Verhältnis zu Nation und Politik. Sie griffen auf allgemein akzeptierte Frauenbilder der sorgenden Familienmutter und der zuverlässigen Hausfrau zurück, um ihr Engagement in der Öffentlichkeit zu legitimieren. *Raffael Scheck* (Waterville/USA) beschrieb in seinem Referat über die Ortsvereine der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und der Deutschen Volkspartei (DVP), wie die Frauen die Partei als Heim und Familie konzipierten. Dies gelang durch die Ausrichtung geselliger Feste und künstlerischer Abende. Kleinarbeit, wie das Einsammeln der Mitgliedsbeiträge, sorgte für persönliche Kontakte zu den Mitgliedern. Fast alle lokalen Aktivitäten der Frauen blieben demnach geschlechtsspezifisch verankert, denn: Frauen übernahmen unterstützende und mütterliche Rollen. Dennoch bewertete Scheck die Parteiaktivitäten von Frauen in Ortsvereinen höher, als *Helen Boak*⁴ dies in ihrer Analyse getan hat. Weibliche Parteimitglieder schufen nach seiner Auffassung eine Partei-Verenskultur, die die Attraktivität von Parteilarbeit und -mitgliedschaft erhöhte und den Zusammenhalt verstärkte.

Nancy Reagin (New York) befaßt sich in ihrem neuen Forschungsprojekt mit den Hausfrauenverbänden der Weimarer Republik und ihrem Verhältnis zur konservativen Politik. Auch hier spielten herkömmliche Frauenbilder eine bedeutende Rolle bei der Politisierung rechter Frauen. Sie beschrieb die Versuche dieser Organisationen, »patriotische« oder »nationale« Arten des Konsums und der Haushaltsführung durchzusetzen. Am

Beispiel der Diskussionen über eine Rationalisierung der Hausarbeit, der Abwehr einer Veränderung der Dienstbotengesetze und den Forderungen nach einer agrarprotektionistischen Haltung (»Kauf deutsche Waren«) wurde deutlich, daß die Hausfrauenorganisationen trotz ihrer angeblichen Überparteilichkeit im Sinne der rechten Parteien agierten. Sie vertraten bürgerliche Klasseninteressen und unterstützten mehrheitlich die DNVP bzw. die DVP.

Julia Sneeringer (Beloit/USA) und *Eva Schöck-Quinteros* (Bremen) brachten in ihren Referaten über Propagandatexte der DNVP und den »Bund Königin Luise« eine interessante These im Hinblick auf die Frage ein, mit welchen Argumenten die politische Tätigkeit rechter Frauen legitimiert wurde. Als einen Schlüsselfaktor betrachteten beide das Einbeziehen von Frauen in den »Kampf« gegen innere und äußere Feinde. Anhand von Propagandatexten und -bildern demonstrierte Sneeringer, wie Frauen in dem Krieg um die »nationale Seele« die Rolle der Kulturträgerinnen zugedacht wurde. In Ergänzung zum männlichen Krieger mußten sie diesen Kampf an der »Heimatfront« führen. Sneeringer kennzeichnete diesen extremen Nationalismus in der Botschaft der DNVP an die Frauen als einen wichtigen Unterschied zu den übrigen Parteien, die den Frauen die Rolle der sozialen Friedensbringerin zugedacht hätten. *Eva Schöck-Quinteros* (Bremen) beschrieb in ihrem Referat über den »Königin-Luise-Bund«, wie konservative Frauen in der Weimarer Zeit zu einer Militarisierung der Gesellschaft beitrugen. Diese Schwesternorganisation des Stahlhelms war 1923 ausdrücklich gegründet worden, um das weibliche Geschlecht zur Mithilfe an der Befreiung Deutschlands von seinen Feinden zu erziehen. In dem von Vertreterinnen dieses extrem antisemitischen Bundes formulierten Geschlechtermodell hing die allgemeine Wehrkraft von der Erziehungsarbeit der Frauen ab. Der

Mann sei zuständig für die Staatsgestaltung, die Frau für die Volksgestaltung. Ihr »Kampfplatz« sei die Familie, in der sie für die »Reinhaltung der Rasse« sorgen sollte.

Die Diskussion des ersten Tages über die Frage nach dem Verhältnis von rechten Frauen zur Frauenbewegung und den Zusammenhängen zwischen Feminismus, Rassismus und Antisemitismus wurde schließlich in den Referaten von Johanna Gehmacher und Christiane Streubel erneut aufgegriffen. *Johanna Gehmacher* (Wien) behandelte die Vorgeschichte der NS-Diktatur in Österreich unter geschlechtergeschichtlicher Perspektive. Sie setzte sich mit dem Phänomen auseinander, daß Frauen der politischen Rechten in Österreich beanspruchten, die Vertreterinnen einer nationalen bzw. völkischen Frauenbewegung zu sein, einer Avantgarde mit legitimen Anspruch auf die Nachfolge der Frauenbewegung. Gehmacher entlarvte dieses Konstrukt als Propagandastrategie. Die Parteifunktionärinnen der Rechten befürchteten, daß potentielle Wählerinnen sich durch ausdrückliche »Frauenfeindlichkeit« abschrecken lassen könnten. Daher lobten sie die Vertreterinnen der Frauenbewegung als wichtige Kräfte und bekundeten Sympathie für berufstätige Frauen. Letztendlich vertraten diese Frauen jedoch ein utopisches Gesellschaftskonzept, wonach die NS-Machtübernahme zwangsläufig zu einer idealen Gesellschaft auch im Hinblick auf das Geschlechterverhältnis führen würde. Konkrete frauenpolitische Forderungen blieben daher die Ausnahme.

Zugespißt wurde die Diskussion um den Begriff des Feminismus in dem Referat von *Christiane Streubel* (Münster). Sie beschäftigte sich mit »Völkisch-nationalen Feministinnen«, einer Gruppe intellektueller Frauen, die in der Weimarer Republik ihr Engagement für konservative und völkische Parteien und Gruppierungen mit konkreten frauenpolitischen Forderungen und Gesellschaftsentwürfen ver-

banden, in denen eine Hierarchisierung qua Geschlecht nicht mehr vorkommen sollte. Gemessen an der Definition Karen Offens müßten diese Frauen als Feministinnen bezeichnet werden.⁵ Anhand der Zeitschriften dieser Protagonistinnen wurde nachgewiesen, daß diese die ungleiche Machtverteilung zwischen den Geschlechtern ablehnten, die Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung unterstützten und sie gegen die Angriffe rechter AntifeministInnen mit Vehemenz verteidigten. Dabei gingen feministische Vorstellungen und rassistische Überzeugungen eine unheilige Allianz ein: Über die Stellung in der künftigen Volksgemeinschaft sollte nicht mehr das Geschlecht, sondern nur noch die »Rasse« entscheiden. Ausgehend von diesen Ergebnissen wandte sich die Referentin gegen eine normative Besetzung des Begriffs Feminismus, die dessen historischen Erscheinungsformen nicht gerecht würde. Das feministische Interesse und Engagement sei grundsätzlich durch eine Vielzahl anderer Zugehörigkeiten und Loyalitäten vorstrukturiert und gebrochen – durch die eigene Klasse, Nationalität, Partei, Konfession oder Ethnie – und daher nicht per se frei von der Ausgrenzung und Minderwertung anderer.

Die Konfrontation der Begriffe »Frauenbewegung« und »Feminismus« mit den frauenpolitischen Konzepten rechter Frauen offenbarte, wie wenig Einigkeit über grundlegende Fragen der Terminologie herrscht. In der Abschlusdiskussion wurde über den Gebrauch des Begriffs Feminismus heftig debattiert. Einige forderten, den Begriff nicht länger als politischen, identifikatorischen und positiv besetzten Terminus zu verwenden, sondern ihn als wertfreie, analytische und heuristische Kategorie zu begreifen. Andere meldeten hingegen Bedenken an, den Feminismusbegriff so weit zu öffnen, daß er die Konzepte rassistischer und antisemitischer Frauenrechtlerinnen subsumiert. Die Mehrheit auch der alten Frauenbewegung habe an der grundsätzlichen

Solidarität mit allen Frauen festgehalten. Zudem sei »völkisch-nationaler Feminismus« ein Widerspruch in sich, da das feministische Denken einen internationalen Anspruch beinhalte. Andere verwiesen auf klassenegoistische Verhaltensweisen der bürgerlichen Frauenbewegung und auf enge Verbindungen der Frauenbewegungen verschiedener Länder zu nationalistischem Denken. Unter Verweis auf die Begriffsgeschichte wurde schließlich argumentiert, daß innerhalb der deutschen Geschichte die Bezeichnung »feministisch« erst für die Frauenbewegung der 1960er Jahre verwendet werden sollte, u.a. weil der Ausdruck von der alten Frauenbewegung nicht zur Selbstbeschreibung benutzt worden sei. Diese Klärung der Terminologie verdient sicherlich eine weitere Vertiefung. Insgesamt lehrte die internationale Besetzung des Kolloquiums, wie fruchtbar der Austausch über nationale Grenzen hinweg ist, denn gerade die Perspektive der US-amerikanischen und österreichischen Wissenschaftlerinnen lieferte neue Impulse für die Diskussionen.

Anmerkungen

- 1 Daniel, Ute: Die Vaterländischen Frauenvereine in Westfalen. In: *Westfälische Forschungen*, Bd. 39, 1989, S. 158–179.
- 2 Chickering, Roger: »Casting their gaze more broadly«. Women's patriotic activism in imperial Germany. In: *Past & Present*, Bd. 118, 1988, S. 156–185.
- 3 Volkov, Shulamit: Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Antisemitismus 1878–1945. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 33, 1985, S. 221–243.
- 4 Boak, Helen: Women in Weimar Politics. In: *European History Quarterly*, Bd. 20, 1990, S. 369–399.
- 5 Offen, Karen: Feminismus in den Vereinigten Staaten und in Europa. Ein historischer Vergleich. In: Schissler, Hanna (Hrsg.): *Geschlechterverhältnisse im historischen Wandel*. Frankfurt/M., New York, 1993, S. 97–138.

Christina Klausmann

Bilder einer Ausstellung: Innenleben. Die Kunst des Interieurs. Vermeer bis Kabakov.

Eine Ausstellung des Städtischen Kunstinstituts und der Städtischen Galerie Frankfurt am Main (24. September 1998 – 10. Januar 1999)

Der Titel spielt mit der Doppeldeutigkeit: Innenleben bedeutet Leben in Innenräumen sowie individuelles psychisches Erleben, und die Künstler Vermeer und Kabakov markieren die beiden Pole in diesem Feld wechselnder und oft auch ineinander verwobener Bedeutungen. Der Innenraum ist Ort häuslichen Lebens und Arbeitens, des geselligen Zusammenseins, des Rückzugs, aber auch der Isolation und Einsamkeit und nicht immer ein Schutzraum. Vor allem aber ist er der durch die Jahrhunderte hauptsächlich den Frauen zugewiesene Lebens- und Arbeitsraum, wird er seit der Trennung von privater und öffentlicher Sphäre im bürgerlichen Zeitalter wie selbstverständlich mit Weiblichkeit assoziiert. Wie werden Frauen in den für die Ausstellung ausgewählten Interieurs dargestellt? Welche Vorstellungen über das Leben von Frauen präsentieren die Bilder?

Der Gang durch die Ausstellung – die Bildwände schaffen Binnenräume, zwischen denen der Blick der Betrachterin umherschweift und sich das Innenleben einer Ausstellung vor ihren Augen ausbreitet – beginnt bei den niederländischen Malern des 17. Jahrhunderts. Sie